



STADT BECKUM

Niederschrift

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-
und Finanzausschusses**

**im Ständesaal des Ständehauses, Weststraße 57, 59269
Beckum
am 02.03.2007**

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.01.2007
-öffentlicher Teil-
3. Bericht des Bürgermeisters
4. 19. Änderung der Satzung über die Benutzung der Krankenwagen und die Erhebung von Krankentransportgebühren
Vorlage: 0567/2007
5. Haushaltssatzung 2007 sowie Investitionsprogramm und Finanzplan 2006 - 2010
Vorlage: 0501/2006/1
6. Anfragen

Anwesenheitsliste:

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Karl-Uwe Strothmann

CDU-Fraktion

Frau Barbara Heckmann

Herr Werner Knepper

Herr Joachim Mücke

Herr Thomas Reinkemeier

Herr Bernard Schnell

Herr Lothar Stumpenhorst

Herr Heinz-Josef Wiedeking

Vertretung für Herrn Christoph Pundt

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rudolf Grothues

Frau Sigrid Himmel

Herr Karsten Koch

Herr Albert Pott

Herr Peter Tripmaker

Vertretung für Frau Birgit Harrendorf-Vorländer

FWG-Fraktion

Frau Eva Maria Gerke

Herr Gregor Stöppel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

FDP-Fraktion

Frau Elisabeth Wieschebrink

Verwaltung

Herr Holger Klaes

Herr Karl-Heinz Vanheiden

Frau Barbara Urch-Sengen

Herr Rudolf Meyer

bis 08.40 Uhr, Ende Tagesordnungspunkt 4.
öffentlicher Teil

Herr Herbert Essmeier

bis 09.41 Uhr, Tagesordnungspunkt 5.
öffentlicher Teil

Herr Heinz-Josef Heuckmann

von 09.05 bis 09.16 Uhr, Tagesordnungspunkt 5.
öffentlicher Teil

Frau Nicole Knies als Schriftführerin zu Tagesordnungspunkt 5. öffentlicher Teil

Herr Karsten Vehrenkemper als Schriftführer

Beginn der Sitzung: 08:30 Uhr

Ende der Sitzung: 10:55 Uhr

Protokoll:

Bürgermeister Dr. Strothmann eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Anfragen wurden nicht gestellt.

2. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 30.01.2007 -öffentlicher Teil-

Einwendungen wurden nicht erhoben.

3. Bericht des Bürgermeisters

a) Zuschussverträge mit „Frauen helfen Frauen“, „Filou“ und dem Mütterzentrum

Bürgermeister Dr. Strothmann beantwortete eine Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.01.2007. Darin habe die CDU-Fraktion gebeten, bei den beteiligten Institutionen bzw. Vereinen abzufragen, ob der Wunsch zur Verlängerung der bestehenden Zuschussverträge bestünde. Er erklärte, dass die Verträge grundsätzlich so gestaltet seien, dass diese sich um jeweils ein Jahr verlängern, wenn keiner der Vertragspartner mindestens sechs Monate vor Ablauf des maßgeblichen Vertragszeitraumes schriftlich kündigt. Dieses sei von keiner Seite geschehen, so dass verwaltungsseitig die entsprechenden Zuschüsse für das Haushaltsjahr 2007 vorgesehen worden seien. Eine schriftliche Anfrage der Verwaltung vom 17.01.2007 an die drei Einrichtungen habe ergeben, dass auch von deren Seite keine Änderungen gewünscht würden.

b) Antrag zur Einrichtung der Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, aufgrund des Berichtes der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Frauen, Soziales und Menschen mit Behinderungen vom 17.01.2007 habe die FWG-Fraktion am 09.02.2007 einen konkreten Bericht zur Einrichtung der Stelle einer bzw. eines Behindertenbeauftragten bei der Stadt Beckum beantragt. Die Fraktion "Bündnis 90 / Die Grünen" habe am 09.01.2007 die Einrichtung dieser Stelle beantragt.

In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Frauen, Soziales und Menschen mit Behinderungen vom 17.01.2007 sei berichtet worden, dass sich die Verwaltung mit den Rahmenbedingungen zur Umsetzung beschäftige. So sei verwaltungsintern bereits Einvernehmen darüber erzielt worden, dass grundsätzlich eine Ansiedlung der noch konkret zu definierenden Aufgaben im Rahmen des bestehenden Stellenplanes denkbar wäre. Momentan werde das Stellenprofil erarbeitet. Das konkrete Stellenprofil werde voraussichtlich bis Mitte des Jahres erarbeitet worden sein. Über den Fortgang des Verfahrens werde im Ausschuss für Familie, Frauen, Soziales und Menschen mit Behinderungen zeitnah berichtet. Soweit erforderlich würden darüber hinaus zu beteiligende Gremien eingeschaltet.

4. **19. Änderung der Satzung über die Benutzung der Krankenwagen und die Erhebung von Krankentransportgebühren**
Vorlage: 0567/2007

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage beigefügte 19. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Beckum über die Benutzung der Krankenwagen und die Erhebung von Krankentransportgebühren vom 09.12.1975 sowie die als Anlage 2 beigefügte Kalkulation der Gebühren im Rettungsdienst 2007 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

5. **Haushaltssatzung 2007 sowie Investitionsprogramm und Finanzplan 2006 - 2010**
Vorlage: 0501/2006/1

Herr Klaes trug die Ansatzveränderungen aus der in der Sitzung verteilten 3. Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2007 vor und erläuterte diese. Nachfragen hierzu ergaben sich nicht. Es bestand Einvernehmen darüber, die Beratungen zum Haushalt 2007 mit dem Sammelnachweis Personalausgaben zu beginnen und anschließend mit dem Budgethaushalt, dem Vermögenshaushalt und der Haushaltssatzung fortzuführen.

Zum Sammelnachweis ergaben sich keine Änderungen.

Zum Budgethaushalt schlug Ratsmitglied Koch vor, dem Antrag des Stadtsportverbandes Beckum e. V. vom 14.09.2006 nachzukommen und beantragte für die SPD-Fraktion eine Ansatzerhöhung bei der Haushaltsstelle 1.55000.71720.999 – Zuschüsse z. Förderung der Jugendarbeit nach den Sportförderungsrichtlinien – um 2.350 € auf 30.000 €

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, dass dieser finanzielle Bedarf langfristig durch die Sparkassenstiftung gedeckt werden solle.

Nachfolgend beantragte Ratsmitglied Koch für die SPD-Fraktion die Senkung der Elternbeiträge zu den Betriebskosten der Kindergärten ab dem 01.08.2007 und somit eine Ansatzreduzierung der Haushaltsstelle 1.46400.11020.999 um 55.000 €

Herr Essmeier legte dar, dass bezüglich der Elternbeiträge mit einer umfassenden Gesetzesänderung zu rechnen sei und zum Zeitpunkt sowie den Auswirkungen der Änderungen noch erhebliche Unsicherheitsfaktoren bestehen würden.

Bürgermeister Dr. Strothmann sprach sich dafür aus, die Höhe der Elternbeiträge im Gesamtkontext zu betrachten, sobald hinreichende Kenntnisse bezüglich der Auswirkungen der Gesetzesänderungen vorliegen würden.

Beschlussvorschlag:

Die Elternbeiträge zu den Betriebskosten der Kindergärten werden ab dem 01.08.2007 gesenkt. Der Ansatz bei der Haushaltsstelle 1.4640.11020.999 wird um 55.000 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt 8 Ja 9 Nein 0 Enthaltungen

Auf Anfrage von Ratsmitglied Koch erläuterte Herr Heuckmann, dass der Leitfaden des Landes, der zur Orientierung bezüglich der „Gefährdungsabschätzungen Altstandorte“ dienen soll, noch nicht vorliege. Da Landesmittel für die 85%ige Förderung erst ab dem Jahre 2008 zur Verfügung stehen würden, sprach er sich gegen einen vorzeitigen förderschädlichen Maßnahmenbeginn in 2007 aus. Außerdem sei die Notwendigkeit der einzelnen Maßnahmen ohne den Leitfaden nicht abschätzbar.

Ratsmitglied Knepper beantragte für die CDU-Fraktion mit Hinweis auf das bereits vorliegende Gutachten die Streichung des Haushaltsansatzes in Höhe von 15.000 € bei der Haushaltsstelle 1.63000.65524.999 - Verkehrsführungsgutachten Oststraße -. Diesem Antrag folgten Ratsmitglied Linnemann für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sowie Ratsmitglied Wieschebrink für die FDP-Fraktion.

Ratsmitglied Stöppel sprach sich für die Streichung des Haushaltsansatzes und eine Untersuchung durch das Fachpersonal der Verwaltung aus.

Ratsmitglied Koch forderte für die SPD-Fraktion eine Ansatzreduzierung auf 7.500 € für die gutachterliche Untersuchung durch ein externes Unternehmen, wobei ggf. auch städtisches Fachpersonal eingesetzt werden solle, soweit hierfür Kapazitäten zur Verfügung stehen würden. Nach kontroverser Diskussion wurde über die Anträge abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 € bei der Haushaltsstelle 1.63000.65524.999 – Verkehrsführungsgutachten Oststraße – wird gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt 8 Ja 9 Nein 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsansatz in Höhe von 15.000 € bei der Haushaltsstelle 1.63000.65524.999 – Verkehrsführungsgutachten Oststraße – wird auf 7.500 € reduziert. Die Haushaltsstelle wird mit dem Sperrvermerk „über die Freigabe der Haushaltsmittel entscheidet der Fachausschuss“ und mit der Bezeichnung „Aufwendungen für Probephase Öffnung Oststraße“ versehen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen 9 Ja 8 Nein 0 Enthaltungen

Weitere Anträge zum Budgethaushalt wurden nicht gestellt.

Ratsmitglied Koch beantragte, die Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.02.2007 aufzugreifen und die Maßnahme „Beleuchtung Rad- und Gehweg Verbindung Roland-Beckum“ von 2008 auf 2007 vorzuziehen.

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsansatz in Höhe von 49.000 € bei der Haushaltsstelle 2.67000.95132.999 – Beleuchtung Rad- und Gehweg Verbindung Roland - Beckum“ wird von 2008 auf 2007 vorgezogen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen 16 Ja 1 Nein 0 Enthaltungen

Weitere Ansatzveränderungen zum Vermögenshaushalt ergaben sich nicht.

Bürgermeister Dr. Strothmann schlug zum Ausgleich der beschlossenen Veränderungen die in dem nachfolgenden Beschlussvorschlag dargestellten Ansatzkorrekturen vor:

Beschlussvorschlag:

Zum Ausgleich der beschlossenen Veränderungen werden folgende Ansatzkorrekturen vorgenommen:

Haushaltsstelle 1.91000.86100.999 – Zuführung zum Vermögenshaushalt – Ansatzerhöhung um 7.500 € auf 2.887.250 €

Haushaltsstelle 2.91000.30100.999 – Zuführung vom Vermögenshaushalt – Ansatzerhöhung 2007 um 7.500 € auf 2.887.250 €

Haushaltsstelle 2.91000.37600.999 – Kreditaufnahmen v. Kreditmarkt ohne Umschuldungen –
Ansatzserhöhung 2007 um 41.500 auf 1.316.950 €
Ansatzreduzierung 2008 um 49.000 € auf 1.565.300 €

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen 17 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, notwendige Korrekturen aufgrund von etwaigen Rechenfehlern bei der Aufstellung des endgültigen Etats 2007 zu berücksichtigen und dementsprechend die veranschlagte Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt so zu korrigieren, dass der Haushaltsausgleich weiterhin sichergestellt ist.
2. Die nachfolgende Haushaltssatzung 2007 mit ihren Anlagen und das Investitionsprogramm 2006 – 2010 werden dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen. Der Finanzplan 2006 – 2010 wird dem Rat zur Kenntnisnahme empfohlen.

Haushaltssatzung der
Stadt Beckum
für das Haushaltsjahr 2007

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 ff.),

zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498), hat der Rat der Stadt Beckum mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2007, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	
in der Einnahme auf	72.080.100 €
in der Ausgabe auf	72.080.100 €
im Vermögenshaushalt	
in der Einnahme auf	16.216.900 €
in der Ausgabe auf	16.216.900 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2007 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf **1.316.950 €** festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

2.881.700 €

festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

7.500.000 €

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** sind für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	192 v. H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v. H.
2. Gewerbsteuer	
auf	403 v. H.

§ 6

entfällt

§ 7

1. Die im Stellenplan bei der Gesamtzahl der Planstellen einzelner Besoldungs- und Vergütungsgruppen angebrachten Vermerke "k.w." und "k.u." lösen nachstehende Rechtsfolgen aus:

k.w. = künftig wegfallend nach Freiwerden der Stelle

k.u. = die Planstelle ist nach Freiwerden in die jeweils in Verbindung mit dem k.u.-Vermerk ausgewiesene Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe umzuwandeln.

2. Beamte können mit Rückwirkung von höchstens drei Monaten in die höhere Planstelle eingewiesen werden, soweit sie während dieser Zeit die Obliegenheiten des verliehenen oder eines gleichartigen Amtes tatsächlich wahrgenommen haben und die Planstellen, in die sie eingewiesen werden, besetzbar waren.
3. Im Stellenplan können für Beamte, die nach § 85 a Abs. 1 Nr. 2 LBG beurlaubt sind, Leerstellen eingerichtet werden, soweit für eine Neubesetzung der Planstellen ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Entsprechendes gilt für Beurlaubungen von Beamten gemäß § 78 e LBG und die Elternzeit gemäß § 86 Abs. 2 LBG i.V.m. der Elternzeitverordnung. Gleiches gilt auch für Leerstellen im Bereich der tariflich Beschäftigten in vergleichbaren Fällen sowie in Fällen einer Zuweisung nach § 4 TVöD bzw. vergleichbaren oder ähnlich gelagerten Fällen nach dem Tarifrecht

Finanzplan und Investitionsprogramm
der Stadt Beckum
für die Jahre 2006 - 2010

Aufgrund des Artikels 1 § 9 des Gesetzes zur Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen (NKF Einführungsgesetz NRW – NKFEGR NRW) vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 644 ff., ber. 2005 S. 15) in Verbindung mit § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der bis zum 31. Dezember 2004 geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Beckum am

1. das Investitionsprogramm für die Jahre 2006 - 2010 als Richtlinie für die Finanzplanung beschlossen.

Das Investitionsprogramm wird mit folgender Gesamtsumme festgesetzt:

Gesamt- Investitionsausgaben	39.281.400 €
davon	
Haushaltsjahr 2006	7.414.300 €
Haushaltsjahr 2007	10.455.600 €
Haushaltsjahr 2008	8.298.050 €
Haushaltsjahr 2009	7.169.950 €
Haushaltsjahr 2010	5.943.500 €

2. den Finanzplan für die Jahre 2006 - 2010 zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 6

6. Anfragen

Umleitungsverkehr durch die Autobahn 2

Ratsmitglied Gerke nahm Bezug auf die Berichterstattung in der Presse, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich nun der Problematik des Umleitungsverkehrs durch Sperrungen bzw. Staus auf der Autobahn 2 und der dadurch entstehenden Überlastung der Straßen in Beckum annehme. Sie fragte, wer diese Thematik aufgegriffen habe.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, dies sei auf Initiative der Stadt Beckum geschehen. Der zuständige Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr begleite diesen Prozess.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 26.03.2007

gez.
(Dr. Karl-Uwe Strothmann)
Vorsitz

Beckum, den 26.03.2007

gez.
(Karsten Vehrenkemper)
Schriftführung

Beckum, den 26.03.2007

gez.
(Nicole Knies)
Schriftführung zu Tagesordnungs-
punkt 5 öffentlicher Teil